

Antworten der BayernSPD auf die WPS des Verbandes Freier Berufe in Bayern

Werden Sie die Stellung der Freien Berufe und das System der beruflichen Selbstverwaltung auf nationaler und europäischer Ebene stärken? Unterstützen Sie die Bestrebungen der bisher nicht verkammerten Freien Berufe nach einer stärkeren Selbstverwaltung?

Wir als SPD schätzen die Freien Berufe als eine tragende Säule unserer modernen Dienstleistungsgesellschaft und unverzichtbares Element für Dynamik, Flexibilität und Innovationsfähigkeit. Werte wie Unabhängigkeit, hohe Qualität der Leistung und vorgelebte Kultur der Selbständigkeit sind herausragende Merkmale der Freien Berufe. Das Gleiche gilt für die verantwortungsvolle berufsständische Selbstverwaltung durch die unmittelbar Betroffenen, die den Staat entlastet. Sie ist sowohl ein hohes Gut und Markenzeichen als auch ein Organisationsprinzip, das für uns nicht zur Disposition steht. Grundsätzlich ist für die SPD eine gute soziale Absicherung für Selbstständige und Freiberufler entscheidend. Diese muss sowohl für entkammerte Berufe als auch für Freie Berufe, die in Kammern organisiert sind, gewährleistet sein.

Die 251.519 Selbstständigen der Freien Berufe versorgen die Bevölkerung sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Bei den Freien Berufen ist ein Trend zum Angestelltenverhältnis zu beobachten. Werden Sie Maßnahmen zur Förderung der Selbstständigkeit ergreifen, um diesem Trend entgegenzusteuern?

Wir unterstützen Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründungen, um die Selbstständigkeit der Freien Berufe zu ermöglichen. Wichtig ist auch, dass in Krisensituation (z.B. Pandemie) Solo-Selbstständige genauso unterstützt werden.

Verdrängung der kleinteiligen Strukturen der Freien Berufe durch Großkonzerne
Die Freien Berufe sichern mit ihren kleinteiligen Strukturen die Daseinsvorsorge vor Ort. Zunehmend werden jedoch freiberufliche Aufgaben der Daseinsvorsorge durch gewerbliche Anbieter übernommen. Werden Sie Maßnahmen ergreifen, dieser Entwicklung entgegenzutreten?

Ja, wir werden Maßnahmen ergreifen, dass die Freien Berufe mit ihrer Kompetenz die Aufgabe der Daseinsvorsorge erfüllen können.

Unterstützen Sie Maßnahmen zur Reduzierung der Zunahme von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in der Trägerschaft von Managementgesellschaften und privaten Klinikkonzernen, die sich ihrerseits im Eigentum von Finanzinvestoren, meist Private-Equity-Gesellschaften, befinden?

Als SPD lehnen wir rein kommerzielle Investorenmodelle ab. Daher werden wir die Gründung von investorenbetriebenen Medizinischen Versorgungszentren durch strengere Regelungen eindämmen und stattdessen Kommunen bei der Einrichtung und dem Betreiben von integrierten medizinischen Versorgungszentren unterstützen. Mögliche Maßnahmen könnten eine Transparenzpflicht für MVZs und ein Zulassungsausschuss sein. Gewinne aus Gesundheitsdienstleistungen sollen in die Versorgungsqualität und in bessere Arbeitsbedingungen reinvestiert werden.

Stehen Sie ein für die notwendige Trennung von Planen und Bauen und verhindern damit eine Verlagerung der Auftragsvergabe an Generalunter- und übernehmer?

Die geltende gesetzliche Regelung sieht eine Trennung von Planen und Bauen bei der Auftragsvergabe vor. Dies dient u.a. der Berücksichtigung mittelständischer Interessen. Eine Vergabe an Generalunternehmen ist in begründeten Ausnahmefällen auch schon heute möglich. Aus Sicht der SPD sollte die Ausnahme jedoch nicht zur Regel werden, wie es sich jedoch in der Praxis teils andeutet. Insbesondere der Freistaat Bayern sollte sich an diese Regel halten.

Können Sie detaillierte Zusagen zu Bürokratieentlastungen für die Freien Berufe anhand von Beispielen geben?

Im Koalitionsvertrag wurde auf Bundesebene vereinbart, dass ein neues Bürokratieentlastungsgesetz auf den Weg gebracht werden soll, welches die Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltung gegenüber dem bisherigen Bürokratieaufwand entlastet, ohne auf notwendige Schutzstandards zu verzichten. Hierzu laufen derzeit die Vorbereitungen.

Wir sehen, dass es insbesondere in der Anwendung sehr viele Verstrickungen zwischen den Regeln gibt, sodass es für Unternehmen und Selbstständige schwierig wird. Daher finden wir den Praxis-Check ein äußerst wichtiges Instrument, der nicht allein einzelne gesetzliche Regelungen in den Blick nimmt, sondern die Vielzahl und insbesondere das mitunter komplexe Zusammenspiel der rechtlichen Vorgaben, die dann als besonders belastend wahrgenommen werden. Der Ansatz der Praxis-Checks unterscheidet sich deutlich von der bisherigen Herangehensweise beim Bürokratieabbau. Er unterstreicht, dass die punktuelle Änderung einzelner Rechtsvorschriften heute nicht mehr ausreicht, um spürbare Entlastungen zu erzielen.

Das Jahresdurchschnittseinkommen der 57.140 Soloselbstständigen der Freien Berufe im Kulturbereich liegt bei ca. 15.000 Euro. Der gesamten Kreativwirtschaft mangelt es an verbindlichen Honorarvereinbarungen bzw. anerkannten Mindesthonoraren. Unterstützen Sie diese Forderung?

Wir werden mit der Einführung der verbindlichen Verknüpfung von Landesförderungen für Kultureinrichtungen mit Honoraruntergrenzen für Künstlerinnen und Künstler faire Basishonorare im Kulturbereich schaffen. Für die Ausstellungsvergütung für Künstlerinnen und Künstler wird eine Leitlinie erarbeitet werden, die für alle Ausstellungen in Einrichtungen der Landesverwaltung geltende Standards schaffen soll.

Werden Sie dafür sorgen, dass Förderprogramme auch für die Freien Berufe geöffnet werden, z.B. im Bereich der Digitalisierung der Digitalbonus Bayern?

In Bayern werden wir den Digitalbonus für die Freien Berufe öffnen. Bisher sind sie von der Förderung ausgeschlossen. Das Instrument hat sich in vielen Bereichen bewährt und sollte auch den Freien Berufen zur Verfügung stehen. Im Bund hat sich die SPD-geführte Bundesregierung darauf geeinigt, dass Förderprogramme und Investitionszuschüsse auch für Selbstständige deutlich einfacher zu beantragen sein sollen.